

# **Kollektivantwort der Piratenpartei, Mieterpartei und Bergpartei auf die Fragen der Humanistischen Union Berlin-Brandenburg zu den Abgeordnetenhauswahlen 2021**

## **Coronavirus-Pandemie: Bürgerrechte, Prävention und Viren**

**Experten sind sich einig, dass es in den nächsten Jahren weitere globale Pandemien geben wird. Deshalb muss Berlin sich auf weitere pandemische Lagen vorbereiten.**

**Was sind aus Ihrer Sicht die fünf dringlichsten Maßnahmen, um auf künftige Pandemien vorbereitet zu sein?**

**a) auf lokaler Ebene (in Berlin)**

**b) auf nationaler Ebene**

**c) auf europäischer und internationaler Ebene**

a) Wir brauchen schnelle digitale Systeme zur Terminvergabe bei Ärzten und Impfzentren und sinnvollen Kontaktverfolgung. Eine gute funktionierende digitale Bildung der Schüler und Studierenden muss entwickelt werden. Dringend erforderlich ist eine Informationskampagne, die bürgernah ständig über die Fakten informiert. Die Gesundheitsverwaltung muss personell und technisch besser ausgestattet werden, Kontaktnachverfolgung wurde quasie kaum gemacht, laufende Evaluation und konkrete Fragen, nicht nur zum Alter und Wohnort, sondern auch Beruf wären hilfreich um Hotspots schneller einzugrenzen. Unbürokratisch Hilfe und zur Verfügungstellung von Schutzausrüstung muss präventiv für künftige Pandemien bereitgehalten werden. Homeoffice und digitale Bildung sollten selbstverständlich werden, auch in Zeiten ohne Pandemie, dazu muss die Digitalisierung weiter voran kommen und die Menschen mit gutem Internet grundversorgt werden. Gesundheitsforschung muss gemeinwohlorientiert werden, dass wir so schnell einen Impfstoff hatten, war großes Glück, dass wird sich wahrscheinlich so nicht wiederholen. Der Pflegeschlüssel muss in Berlin erhöht werden.

b) Es sollte eine ausführliche Auswertung der effizientesten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie geben, um weniger sinnvolle Maßnahmen zu identifizieren, Das Infektionsschutzgesetz auf Bundesebene muss dann genau die effizientesten Maßnahmen verschriftlichen.

Die Systemrelevanz von Kultur und Kunst wurde verkannt. Das finanzielle Ungleichgewicht in der Gesellschaft trat durch die Pandemie offen zu Tage. Ein Grundeinkommen muss schnell realisiert werden.

c) Die Impfstoffverteilung muss nach einem gerechten Schlüssel so erfolgen, dass die Pandemie schnellstmöglich bekämpft wird. Dafür sind bereits genügend Daten vorhanden, die ausgewertet werden müssen. Kooperation und gegenseitige Solidarität dürfen nicht weiter leere Worthülsen bleiben, Gesundheitsschutz betrifft jeden.

## **Berlin, die sichere und lebenswerte Stadt**

**Eine funktionierende Polizei und Justiz sind für die Durchsetzung von Regeln und die Bekämpfung von Verbrechen wichtig. Oft wird Verbrechensbekämpfung als eine rein polizeiliche Aufgabe gesehen. Dabei wies Franz von Liszt (1851-1919) schon vor über hundert Jahren auf einen anderen Zusammenhang hin: „Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik.“**

**Ausgehend von einem so umfassenden Blick auf Kriminalität, Prävention und die Verhinderung von Verbrechen möchten wir von Ihnen wissen, was aus ihrer Sicht die fünf wichtigsten Maßnahmen im Kampf gegen die Kriminalität sind.**

Besonders wichtig wäre es, sich einmal klar zu machen, was eigentlich die volkswirtschaftlich schädlichsten Kriminalitätsschwerpunkte sind, mit denen wir zu kämpfen haben. Da steht ganz oben auf der Rangliste die Wirtschafts- und Internetkriminalität. Deshalb schlagen wir der Wichtigkeit nach vor:

- a) Transparenz in der Wirtschaft und Politik zur konsequenten Bekämpfung groß angelegter Wirtschaftskriminalität wie cum-ex-Geschäfte, Maskendeals, Abgasskandale und/oder Bilanzfälschung wie bei Wirecard
- b) Soziale Maßnahmen, Ausbau der Bildungsangebote und der Jugendförderung
- c) Untersuchungen zur sozialen Absicherung der Gesellschaft z.B. durch ein Grundeinkommen
- d) Aufklärung über Internetkriminalität, Aufklärung und Bildung bei Nutzern, Polizei und Behörden, Unterstützung bei der digitalen Sicherheit. Entsprechende personelle Aufstockung der Polizei und der Behörden.
- e) Konsequente Ermittlung von protektiven Strukturen in der Polizei und entsprechende Personalwirtschaft (insbesondere durch politische Abhängigkeiten oder rechte Gesinnung)

## **NSU, Reichsbürger und der Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz: Was tun gegen extremistische und demokratiefeindliche Bestrebungen?**

**Extremismus und Terrorismus werden auch in den nächsten Jahren eine Bedrohung für unser friedliches Zusammenleben sein. Der bislang einzige islamistische Anschlag erfolgte in Berlin. In ganz Deutschland gab und gibt es ausländerfeindliche und antisemitische Anschläge. Rechtsextremisten und Reichsbürger verüben Anschläge und bringen dabei auch Polizisten und Politiker um.**

### **a) Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den Erkenntnissen des Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz?**

Speziell bezugnehmend auf den Breitscheidplatz war Anis Amri und sein kriminelles Potenzial den Behörden bekannt, aber die Geheimdienste haben die Akten auf Seite gelegt. Es ist schwierig, über die Hintergründe zu spekulieren, aber gerade deshalb sind

folgende Konsequenzen unabdinglich:

Es braucht eine umfassende Reform und Umstrukturierung der Geheimdienste und des Verfassungsschutzes, da diese trotz der vorliegenden Informationen aufgrund von Verantwortungsdiffusion nicht handlungsfähig waren. Ähnliche Vorwürfe lassen sich aus dem Umgang mit dem NSU ableiten.

**b) Welche Maßnahmen halten Sie im Kampf gegen Links-, Rechts- und islamistischen Terrorismus für besonders wichtig? Nennen Sie Bitte die für jeden Phänomenbereich drei wichtigsten Maßnahmen.**

Es braucht mehr personelle Kapazitäten und klarere als auch transparente Verantwortlichkeiten, aber nicht in die Hände intransparenter Geheimdienste sondern lieber in die Hände der Polizei. Die meisten Terroranschläge wurden von Personen durchgeführt, die den Behörden bereits bekannt waren, die Behörden haben aber meist aufgrund fehlender Kapazitäten keine notwendige Vorsorge treffen können (z.B. Breitscheidplatz)

## **Einzelfragen**

### **Verfassungsschutz**

**a) Befürworten Sie eine Abschaffung des Verfassungsschutzes?**

**b) Welche Maßnahmen zur Kontrolle des Verfassungsschutzes wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode ergreifen?**

a) Ja, der Verfassungsschutz hat sich in der Vergangenheit als unzulänglich erwiesen

b) Übertragung der Aufgaben des Verfassungsschutz an die Polizei

### **Videoüberwachung/Gesichtserkennung**

**a) Wo sehen Sie Defizite bei der Videoüberwachung?**

**b) Setzen Sie sich für ein Verbot der Anwendung von Gesichtserkennungs-Software im öffentlichen Raum ein? Bitte begründen Sie ihre Antwort.**

a) es wird zu viel auf Videoüberwachung gesetzt. Videoüberwachung führt jedoch nachweislich nur zur Verlagerung von Kriminalität und wirkt deshalb nur für bestimmte Orte präventiv. Es ist bekannt, dass manche Attentäter mit terroristischem Hintergrund eine Kameraüberwachung sogar als Anreiz für ihre Taten betrachten und nicht als Abschreckung, da sie die Öffentlichkeit suchen. Gerade bei Wirtschaftskriminalität oder Terrorismus funktioniert sie gar nicht.

b) ja, wie bereits beschrieben sind Personen, die große Straftaten begehen, wie Wirtschaftskriminalität, Korruption oder Terrorismus den Behörden längst bekannt oder stehen sogar im öffentlichen Raum. Hier ist kein Mehrwert durch Gesichtserkennung zu vermuten.

## **Strafvollzug**

### **Was sind ihre drei wichtigsten Vorhaben zur Verbesserung des Strafvollzugs und von Maßnahmen zur Resozialisierung?**

a) Sühne und Bestrafung halten wir für wenig geeignete Kategorien der Strafverfolgung und des Strafvollzugs, das Hauptziel muss stets die Vermeidung von künftigen Straftaten sein. Der Strafvollzug bereitet nicht auf ein straffreies Leben vor. Viel zu wenig Sozialarbeiter und Therapieangebote sind geschaffen worden und erfordern einen Ausbau. Die Inhaftierten werden unmündig gemacht und die Lernanreize um sicher und künftig straffrei zu leben sind nicht gegeben. Die Gefängnisse machen Menschen kaputter.

b) eine Reihe von Gesetzen sind zu ändern, um das Strafmaß für bestimmte Formen der Kriminalität anzupassen und somit die Auslastung im Strafvollzug deutlich zu reduzieren. Dies betrifft z.B. Drogenkriminalität oder Schwarzfahren, die als Straftaten aufzuheben sind,

c) Strafgefangenen ist ein Zugang zum Internet zu gewähren.

## **Obachlosigkeit**

### **Würden Sie, ausgehend von den Erfahrungen der Coronavirus-Pandemie, etwas am Housing-First-Programm des Senats verändern?**

Die Piraten Berlin haben bei der letzten AGH-Wahl das Housing-First-Konzept eingefordert. Dass der Senat diese Forderung aufgenommen hat, ist zu begrüßen. Es fehlen allerdings noch wichtige Elemente, vor allem die Bereitstellung von geeignetem Wohnraum.

## **Freiwilliges Engagement**

**Im Dezember 2020 wurde die Berliner Engagementstrategie 2020-2025 mit hundert Handlungsempfehlungen beschlossen.**

**a) Wie wollen Sie die Berliner Engagementstrategie umsetzen?**

**b) Welches sind die aus ihrer Sicht fünf wichtigsten Handlungsempfehlungen?**

a) Wir unterstützen die Handlungsempfehlungen

b) Wir halten für besonders prägnant /wichtig: 1. Vielfalt freiwilligen Engagements sichtbar machen, 2. Freiwilligendienste stärken (durch Entlohnung), 3. Digitale Angebote machen, Digitale Beratung ausbauen, 4. Steigende Mieten berücksichtigen (und entsprechende Zuschüsse geben), 5. Fördermittel ausbauen, bei der Beantragung unterstützen und informieren

## **Demokratie und demokratische Verfahren**

**Oft wird von einem Vertrauensverlust in die Demokratie und demokratische Verfahren gesprochen. Teilen Sie diese Ansicht? Wenn ja: Was wollen Sie dagegen unternehmen?**

Ja, Die Möglichkeiten für den Bürger, auf die Gestaltung der Politik Einfluss zu nehmen, sind in Berlin weiterhin viel zu gering. Das betrifft sowohl den Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen als auch die bestehenden gesetzlichen Einschränkungen für Bürger- und Volksentscheide. Deshalb setzen wir uns dafür ein, mehr Demokratie zu wagen. Das bezieht sich vor allem auf die folgenden Themen, die wir ausführlich ausgearbeitet haben:

===Mehr Demokratie beim Wählen===

Die PIRATEN Berlin fordern, dass die Bürger mehr Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und den Bezirksverordnetenversammlungen erhalten müssen. Dies soll erreicht werden, indem die Wähler mehrere Stimmen auf einen Kandidaten vergeben (Kumulieren) oder Kandidaten verschiedener Parteien gleichzeitig wählen können (Panaschieren). Dieses Wahlverfahren lehnt sich an das Hamburger Modell an.

===Stimmhürden für Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlungen===

Die PIRATEN fordern die Abschaffung der Stimmhürde für das Abgeordnetenhaus und der Bezirksverordnetenversammlung. Jede Stimme muss mit gleichem Gewicht bei der Verteilung der Sitze berücksichtigt werden. Auch für die praktische Arbeit ist die Zahl der Sitze kein Kriterium und rechtfertigt keine Hürde.

===Demokratie bezieht alle ein===

Alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, haben das Recht, die städtische Politik mitzubestimmen. Wir setzen uns für ein voll Inklusives Wahlrecht ein:

\* Das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger ist auf alle Menschen mit Lebensmittelpunkt Berlin auszuweiten.

\* Die bestehenden Hürden durch das veraltete Staatsangehörigkeitsrecht im Landeswahlgesetz werden wir abschaffen. Dies betrifft sowohl die Wahlen zum AGH, zur BVV als auch das Recht an Bürgerentscheiden sowie Bürgerbegehren teilzunehmen.

\* Bürger mit Betreuung in allen Angelegenheiten dürfen nicht länger vom Wahlrecht ausgeschlossen werden.

\* Wir setzen uns für ein von Geburt an bestehendes aktives Wahlrecht für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen ein. Die erstmalige Ausübung dieses Wahlrechts erfordert für Minderjährige die selbständige Eintragung in das Wählerverzeichnis. Eine Wahl stellvertretend durch Erziehungsberechtigte lehnen wir ab.

\* Auch direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten (z.B. Volksabstimmungen) sind nicht durch Altersgrenzen einzuschränken.

### ===Stärkung von Bezirksentscheidungen===

Die PIRATEN Berlin fordern, die auf Bezirksebene zustande kommenden Entscheidungen zu stärken. Dazu erhalten die Bezirksverordnetenversammlungen ein eigenes Entscheidungsrecht, sie dürfen nicht länger auf "Empfehlungen und Ersuchen" begrenzt sein (Subsidiaritätsprinzip).

Die PIRATEN Berlin fordern, die Einrichtung und Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten voranzutreiben.

### ===Mehr Verbindlichkeit für direktdemokratische Initiativen===

Wir stärken die vorhandenen Möglichkeiten der direkten demokratischen Beteiligung.

Engagierte Bürger in Beiräten und Initiativen werden wir durch die Nutzungsmöglichkeit eines Sekretariatsservice, eines wissenschaftlichen Beraterstabs und Räumlichkeiten in ihrer Arbeit unterstützen. Dies ermöglicht auch verstetigten Quartiersräten die Fortführung ihrer Arbeit.

Wir setzen uns dafür ein, in Berlin neue Formen der Bürgerbeteiligung mit Hilfe von elektronischen Interaktionsformen zu entwickeln und zu erproben. Wir streben die Schaffung einer Online-Demokratieplattform an. Damit ist ein System gemeint, in dem alle Bürger die Möglichkeit haben, gemeinsam politische Entscheidungen zu treffen. Die Ergebnisse sollen zunächst in Volks- bzw. Bürgerentscheiden münden, in denen sie als verbindlich bestätigt werden.